



Deutsches Institut für Urbanistik

Inhalt:

ZukunftsWerkStadt: 25 Jahre Difu –
Anlaß für konkrete Utopien 2

Werkstattberichte aus der ZukunftsWerkStadt:

- Nachhaltiges Wirtschaften 4
- Gesellschaftliche Integration 6
- Leistungsfähige Infrastruktur 7
- Politische Stabilität 9

TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen
Wettbewerb: die Preisträger 1998 11

Grün- und Freiflächen. Anforderungen im
Planungs- und Genehmigungsverfahren 16

Städtebauförderung und Ressourcen-
bündelung 17

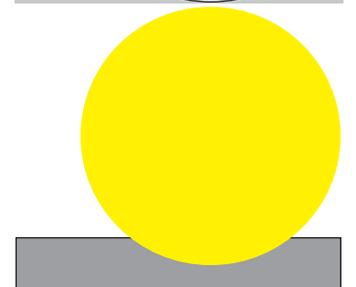
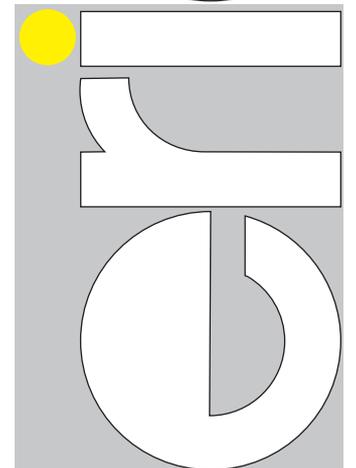
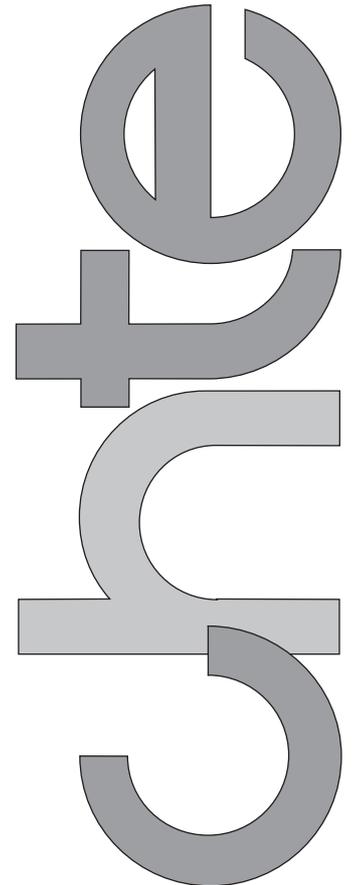
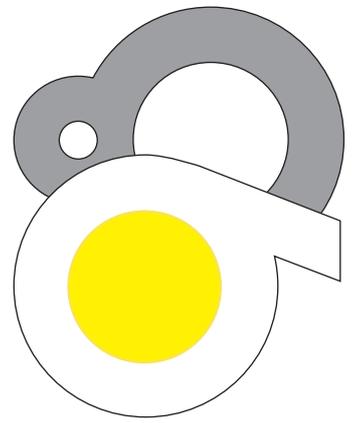
Seminarbegleitende Bibliographien 18

Ergebnisse der Kommunalwissenschaftlichen
Prämienausschreibung 1997 19

Impressum 19

Bestellschein 20

Forschung und Dienstleistungen für die deutschen Städte



Informationen über Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

ZukunftsWerkStadt

Anlaß für konkrete Utopien



Anläßlich seines 25jährigen Jubiläums veranstaltete das Deutsche Institut für Urbanistik am 17. und 18. September 1998 im Berliner Ernst-Reuter-Haus das zweitägige Symposium „ZukunftsWerkStadt“. Unter der Überschrift „Trends, Sorgen und Visionen“ diskutierten rund 300 Führungskräfte der Stadtverwaltungen, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik aus rund 60 europäischen Städten Modelle für eine zukunftsfähige Entwicklung der Städte.

„Stadtraum: zwischen Überforderung und Auflösung“ sowie „Stadtgesellschaft: zwischen Vernetzung und Polarisierung“ waren die Schlagzeilen, die am ersten Tag thematisiert wurden. Am zweiten Tag bestimmte die Frage, welche Schritte vom Leitbild zum konkreten Handeln führen, die Diskussion. In vier Werkstätten wurden die Themen „Nachhaltiges Wirtschaften“, „Gesellschaftliche Integration“, „Leistungsfähige Infrastruktur“ sowie „Politische Stabilität“ diskutiert und anschließend in einem Abschlußplenum zusammengeführt.

Nachdem der Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik, Prof. Dr. Heinrich Mäding, die „ZukunftsWerkStadt“ eröffnet hatte, sprach zunächst Dr. Hans Stimmann, Staatssekretär der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie zu den Gästen. Er ergänzte sein Grußwort durch Reflexionen über die Zukunft Berlins, die nicht mehr in der Außenexpansion, sondern in der Binnenentwicklung liege. So seien qualitativer Stadtbau und Transformation von der Industrie- zur Dienstleistungsstadt die Perspektiven Berlins, das im Unterschied zu anderen Metropolen kaum Einwohnerwachstum erwarten könne, dem sich damit aber auch Chancen zur Nachhaltigkeit eröffneten.

Das erste Kurzreferat unter der Überschrift „Stadtraum: zwischen Überforderung und Auflösung“ der von Prof. Dr. Heinrich Mäding moderierten Diskussionsveranstaltung hielt Christiane Thalgot, Stadtbaurätin der Landeshauptstadt München. Sie betonte die Widersprüchlichkeit der Ziele, unter denen Stadtentwicklung und Stadtverwaltung heute stehen. So werde einerseits auf kommunaler Ebene der

„schlanke Staat“ gefordert, andererseits die Kommunalverwaltungen mit einer steigenden Zahl von Gesetzen und Vorschriften von Bundes-, Landes- und EU-Ebene konfrontiert, die eine bürgernahe Verwaltung erschweren. Darüber hinaus stünden im wirtschaftlichen Bereich rückläufigen Einnahmen ständig wachsende Anforderungen an die Kommunen gegenüber.

Dr. Henning Friege, Umweltdezernent der Stadt Düsseldorf, skizzierte in seinem Referat die Bedingungen für das weitgehend anerkannte Ziel einer nachhaltigen Entwicklung. Nur bei äußerster Zurückhaltung im Flächenverbrauch sei dieses Ziel zu verwirklichen. Der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft würde zwar Ansatzpunkte bieten, werde aber durch den wachsenden Flächenbedarf sowohl der privaten Haushalte als auch der Verkehrsinfrastruktur in Frage gestellt.

Prof. Dr. Dietrich Henckel vom Deutschen Institut für Urbanistik beendete die erste Diskussionsrunde mit Ausblicken auf die ökonomischen Perspektiven der Stadt, die sich vor allem aus einer bereits in den 70er Jahren erwarteten Ökonomisierung der Stadt ergeben. Die Städte würden ihren verteilungspolitischen Spielraum verlieren und sich an Wachstumszielen orientieren, seien aber andererseits durch die zunehmende Ungleichheit in der Bevölkerung zu sozialpolitischen Maßnahmen mit Umverteilungswirkung herausgefordert. Insgesamt würden die Kommunen mit Restriktionen hinsichtlich ihrer Politikfähigkeit konfrontiert, während die Anforderungen an Problemlösungen stiegen.

Die Referate zum Thema „Stadtgesellschaft: zwischen Vernetzung und Polarisierung“ eröffnete Prof. Dr. Jürgen Friedrichs von der Universität Köln mit zwar vorsichtigen, insgesamt aber eher pessimistischen Erwartungen. Bei unveränderten Rahmenbedingungen sei mit zunehmenden Disparitäten bis hin zu Polarisierungen in der Stadtgesellschaft zu rechnen. Damit würden sich die Integrationsanforderungen an die Städte erhöhen, ohne daß traditionelle Integrationsinstrumente entsprechend weiterentwickelt werden könnten.



Prof. Dr. Heinrich Mäding, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik, eröffnete die ZukunftsWerkStadt.

In einer tour d'horizon durch die Medien- und Informationsgesellschaft beschrieb Prof. Dr. Bernd Guggenberger von der Freien Universität Berlin die Auflösung des Raumes und dessen Ersatz durch Zeit, Zeitkoordination und weltweite mediale Vernetzung. Er skizzierte die Gefahr, daß an die Stelle des nähräumlich integrierten, traditionellen Stadtbürgers der räumlich isolierte und sozial vereinzelte Mensch treten könne, dessen Beziehungsnetze sich zwar über den gesamten Globus erstrecken, dessen soziale Kompetenz sich jedoch auf Medienkompetenz reduziere.

In einem weiteren Referat vertrat Dr. Heinrich Lehmann-Grube, Oberbürgermeister a.D. der Stadt Leipzig, vehement die Auffassung, die zentralen Probleme der Stadt lägen nicht in den Gefahren aus externen Trends, sondern in der Politik selbst. Es fehle der Konsens, was Politik kann und darf. Auch auf der kommunalen Ebene hätten sich die Parteien mit ihrem Wahrheits- und Herrschaftsanspruch etabliert. Parteienmacht führe aber zu einer schädlichen Degeneration des bürgerlich-zivilen Politiktyps, der früher Kommunalpolitik ausmache.

Als Schlußpunkt der Diskussionsveranstaltung präsentierte der Zukunftsforscher und Science-Fiction-Autor Dr. Karlheinz Steinmüller „City light. Stadtvisionen“. Anhand seines Referates demonstrierte er, wie sehr einerseits technische Utopien positiv bewerteter Größe und totaler Mobilität, andererseits soziale Utopien negativ bewerteter Massenstädte, geprägt von Bedrohung und Entfremdung, das Bild der zukünftigen Stadt bestimmen würden.

Das sich unter dem Motto „Anregungen für alle fünf Sinne“ anschließende Abendprogramm eröffnete allen Gästen die Möglichkeit, in entspannter Atmosphäre einmal wieder mit vielen Akteuren aus der „kommunalen und wissenschaftlichen Szene“ zusammenzutreffen und das Berliner Ernst-Reuter-Haus einmal von einer ganz anderen Seite kennenzulernen.

Am nächsten Morgen trafen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den vier Werkstätten wieder. Das Difu hatte zu jedem Themenbereich ein Werkstattpapier verfaßt, das den Arbeitsgruppen als Diskussionsgrundlage diente. Impulsreferate bildeten den Auftakt für die unter dem Motto „Vom Leitbild zum konkreten Handeln“ stehenden Diskussionen in den vier Werkstätten:



Dr. Hans Stimmann, Staatssekretär der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Berlin, ergänzte sein Grußwort durch Reflexionen über die Zukunft Berlins.

- Nachhaltiges Wirtschaften
Dr. Susanne Schimmack, Leiterin des Stabes „Umwelt und Wirtschaft“ des Umweltamtes der Stadt Nürnberg
Moderation: Dr. Rolf-Peter Lühr
- Gesellschaftliche Integration
Klaus Wermker, Amtsleiter des Amtes für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen der Stadt Essen
Moderation: Hasso Brühl
- Leistungsfähige Infrastruktur
Rainer König, Leiter Marktentwicklungspotential Deutsche Telekom AG, Darmstadt
Moderation: Dr. Busso Grabow
- Politische Stabilität
Jochen Dieckmann, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages
Moderation: Dr. Paul von Kodolitsch



Die Akteure aus Politik und Wissenschaft regten anhand ihrer Kurzreferate zur Diskussion an.



Petra Roth, Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main und Präsidentin des Deutschen Städtetages, sprach das Schlußwort.

In einem Abschlußplenum wurden die Berichte aus den einzelnen Werkstätten vorgestellt, und Prof. Dr. Heinrich Mäding faßte in seinem Resümee die wichtigsten Ergebnisse der zweitägigen Veranstaltung zusammen. Er betonte die Gleichzeitigkeit und Gleichwertigkeit ökologischer, ökonomischer und sozialer Probleme in den Städten und befürchtete, daß in der konkreten Stadtpolitik, der das Difu zuarbeitete, die erforderlichen integrativen und präventiven Handlungsstrategien besonders schwer umzusetzen seien. Hier müßten verwaltungspolitische Innovationen (intra-regionale Kooperation, Zusammenarbeit mit Unternehmen und Bürgern, Verwaltungsmodernisierung) unterstützend ansetzen.

Petra Roth, Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main und Präsidentin des Deutschen Städtetages wandte sich in einem Schlußwort an die Gäste, in dem sie betonte, daß sich die Städte bei der Problemlösung gerne der Unterstützung durch das Difu bedienen und an Problemen, also Unterstützungsbedarf, auch in Zukunft kein Mangel sei. Sie unterstrich, daß für viele Fragestellungen eine visionäre Vorstellungskraft erforderlich sei und oft unkonventionelle Lösungen gefragt seien. Mit dem Blick auf Bund und Länder erinnerte sie u.a. daran, daß Subsidiarität nicht nur in Brüssel eingefordert, sondern auch zu Hause praktiziert werden müsse.

Blick in die Werkstätten:

„Nachhaltiges Wirtschaften“

Erfolgreichem Wirtschaften kommt, welches Gewicht ihm im einzelnen auch immer beigemessen wird, für die Entwicklung einer Gesellschaft eine zentrale Funk-

tion zu. Indes besteht gleichzeitig weithin Einigkeit, daß die Belastung der Umwelt – insbesondere durch unser bisheriges Wirtschaften – ein Ausmaß erreicht hat, das energisches Gegensteuern nötig macht. Ein unauflösbarer Konflikt scheint hier offenkundig zu werden. Dabei ist es jedoch im Grundsatz unbestritten, daß eine übermäßige Ausbeutung der natürlichen Ressourcen nicht nur die Umwelt gefährdet, sondern letztlich auch der Wirtschaft selbst die Basis entzieht.

Mit dem Leitziel der Nachhaltigkeit soll versucht werden, dieses Spannungsverhältnis zu überwinden und den Anforderungen gerecht zu werden, die an erfolgreiches Wirtschaften, schonenden Umgang mit der Natur und die Befriedigung sozialer Bedürfnisse gleichermaßen gestellt werden. Ein Blick auf die kommunale Ebene führt zwar einerseits zu der ernüchternden Erkenntnis, daß die Bedeutung nachhaltigen Wirtschaftens in den Städten bislang nur von wenigen als Thema wahrgenommen wird. Andererseits gibt es aber auch eine Reihe innovativer kommunaler Vorhaben und erfolgreicher Vorzeigeprojekte, so daß verhaltener Optimismus durchaus berechtigt erscheint.

Ein gutes Beispiel dafür, daß trotz beschränkter Möglichkeiten der Kommunen innovatives Handeln verbunden mit nachhaltigem Wirtschaften keine Worthülsen sind, stellen die von Frau Schimmack in ihrem Impulsreferat erläuterten mehrjährigen Aktivitäten der Stadt Nürnberg dar.

Die bisherigen Nürnberger Erfahrungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Eine wichtige Voraussetzung für Erfolge bei einer ökologisch orientierten städtischen Wirtschaftspolitik ist die Schaffung von Kooperationsstrukturen. Bei der Zusammenarbeit im Rathaus kommt es darauf an, daß die zuständigen Fachdienststellen (Umwelt-, Wirtschafts- und Baudezernat) eng zusammenarbeiten. Hierbei hat man gute Erfahrungen mit der Bildung dezernatsübergreifender Teams gemacht. Bei der unerläßlichen Kooperation mit Externen gilt es vor allem, die „richtigen Verbündeten“ zu finden. Dies sind neben den Kammern vor allem Firmen, die auf dem Umweltmarkt aktiv sind.

Zentrale Handlungsbausteine stellen die Entwicklung von innovativen Konzepten und – damit verbunden – die Planung und Umsetzung ökologisch orientierter Projekte dar.



„City light. Stadtvisionen“ wurde präsentiert von dem Zukunftsforscher Dr. Karlheinz Steinmüller.

Der „strategische Unterbau“ wird bislang aus vier Konzeptbereichen gebildet:

- Branchenkonzepte (so beispielsweise zur Abfalltrennung auf Baustellen);
- stoffbezogene Konzepte (zum Beispiel für Elektronikschrottreycling);
- umweltmedienbezogene Konzepte, z.B. zur Schaffung von „Energietischen“ und CO₂-Minderungsprogrammen;
- die Herausstellung von Kompetenzfeldern der ansässigen Wirtschaft (wie Verkehrs- und Medizintechnik sowie Energie- und Umwelttechnik).

Bereits realisierte Projekte sind ein 1995 eröffnetes Second-Hand-Kaufhaus, die Belieferung und Entsorgung innerstädtischer Einrichtungen mit Elektrofahrzeugen im Rahmen des Projekts ISOLDE und eine Regionalagentur zur gezielten Vermarktung regionaler Produkte. Für das kommende Jahr ist (verknüpft mit der Regionalagentur) die Eröffnung eines Regionalkaufhauses vorgesehen.

Begrenzt werden die kommunalen Möglichkeiten eines nachhaltigen Wirtschaftens aus Nürnberger Sicht vor allem durch die Situation auf dem (regionalen) Arbeitsmarkt, durch einschneidende Änderungen der stadtpolitischen Rahmenbedingungen („Wachablösung“ im Rat nach Kommunalwahlen) sowie durch Blockaden in der Verwaltung. Die Grenzen „Runder Tische“ werden deutlich, wenn es darum geht, eine Vielzahl von Gewerbebetrieben erreichen zu müssen.

Die Zusammenarbeit zwischen den Zuständigen im Rathaus und privaten Firmen war eines von drei Themenfeldern, die in der Werkstatt Diskussion behandelt wurden. In diesem Zusammenhang wurde besonders auf die ständig zunehmenden Belastungen gerade kleiner und mittlerer Unternehmen durch neue Vorschriften und Verordnungen verwiesen. Kooperation – auf dem Wege von Firmenberatung, als einer nach wie vor wichtigen Form der Bestandspflege – fällt hier eine zentrale Rolle zu, wobei Hilfen mit Blick auf die Entwicklung neuer Verfahren und Herstellung innovativer Produkte im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen müssen.

In einem weiteren Diskussionspunkt wurden die Chancen und Grenzen einer kommunalen Naturhaushaltswirtschaft ausgelotet, wobei ganz unterschiedliche Einschätzungen erfolgten. Optimisten hielten einen weitreichenden Verfahrensansatz, nämlich die relativ umfassende Koppe-

lung zwischen städtischen Ausgaben und jeweiliger Ressourceninanspruchnahme, durchaus für möglich. Dem stand eine eher zurückhaltende Einschätzung des Machbaren gegenüber. So hielt Frau Schimmack eine Bilanzierung von Umweltwirkungen städtischer Aktivitäten nicht für möglich und sah nur Chancen für bescheidene Ansätze. Als ein Beispiel wurde Öko-Controlling im kommunalen Haushaltswesen (etwa die Erfassung der Stromkosten im Rathaus) angeführt.

Schließlich stand die grundsätzliche Frage nach den „neuen Qualitäten“ nachhaltigen Wirtschaftens zur Diskussion: Wo findet man die „richtigen“ Indikatoren für Nachhaltigkeit? Woher nehmen wir qualitative Ziele, wie werden diese dann realisiert? Die Suche nach Antworten gestaltet sich nicht einfach; die vorliegenden Erfahrungen sind derzeit noch begrenzt. So haben Städte zwar Umweltqualitätsziele erarbeitet, aber eine Erfolgskontrolle – so die Nürnberger Erfahrungen – ist bislang schwierig, weil es noch an konkreten Indikatoren mangelt. Bezug nehmend auf dieses Problem wurde vorgeschlagen, sich auf Umweltstandards zu einigen, wie beispielsweise sinkende Abfallmengen und konstanten Flächenverbrauch.

Insgesamt machte die Werkstatt deutlich, daß Nachhaltigkeit nicht „Umwelt über alles“ bedeuten kann. Vielmehr müssen alle, auch der Umweltschutz, zu Kompromissen bereit sein und solche eingehen. Ein zentrales „Markenzeichen“ für das Handeln aller Beteiligten müssen innova-



Rund 300 Gäste kamen am 17. und 18. September 1998 in die ZukunftswerkStadt.



Die Gesichter aus der „kommunalen Szene“ zeigten, ...

tive Vorgehensweisen sein. Dies betrifft nicht nur die Aktivitäten in den Rathäusern und Firmen, sondern gerade auch die Zusammenarbeit von Städten und ihrer Klientel, den Wirtschaftsunternehmen.

„Gesellschaftliche Integration“

Im Workshop „Integration und Desintegration in der Stadt“ standen sich zwei Perspektiven städtischer Zukunft gegenüber, eine analytische mit pessimistischen und eine planerische mit optimistischen Erwartungen an Integrationspotentiale der Stadt. Die pessimistische Perspektive einer durch Konflikte und Segregation geprägten Entwicklung war im Werkstattpapier formuliert worden, dem Klaus Wermker, Essen, Gegenbeispiele aus der Essener Stadtentwicklung gegenüberstellte.

Obwohl für moderne Stadtgesellschaften eine gewisse Desintegration notwendig sei, wäre, so die These des Werkstattpapiers, auf politischer, ökonomischer und kultureller Ebene Integration gefährdet. Aus der Verlagerung von Entscheidungen auf Staat und Markt resultiere eine Reduktion von Partizipationschancen; Globalisierung und Dienstleistungswirtschaft könnten zu Polarisierungen führen; im Urbanen würde Allgemeinheit von der Dominanz privater Macht abgelöst, öffentlicher Raum durch Private angeeignet.

Obwohl er dem Werkstattpapier im Prinzip nicht widersprach, zeigte Klaus Wermker, daß einzelne Planungen den generalisierenden Analysen entgegenlaufen. Im Essener Stadtteil Katernberg werde im Rah-



... daß in der Veranstaltung trotz der ernsten Themen ...

men des Landesprogramms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ eine Entwicklungsplanung betrieben, die sich nicht primär auf Bausubstanz und technische Infrastruktur konzentrierte, sondern als umfassende Stadt- und Sozialplanung zu verstehen sei. In der „Katernberg-Konferenz“ kooperieren verschiedene Institutionen (die Essener Universität, Kirchen, Träger der öffentlichen und privaten Wohlfahrt und ortsansässige Unternehmen) in Stadtteilprojekten und garantieren eine deutliche politische Integration. Ein Schwerpunkt aller Projekte liegt in der Entwicklung von Arbeitsplätzen, um der Arbeitslosigkeit, dem gravierendsten Auslöser für Armut, Benachteiligung und soziale Polarisierung, zu begegnen. Damit wird auch der ökonomischen Desintegration vorgebeugt. Einzelne Projekte befassen sich mit Um- und Neugestaltungen von Schulhöfen, die in den öffentlichen

tion nicht ahistorisch, sondern nur in Relation zu kulturellen oder Verfassungsnormen zu treffen sei. Gehören materielle und Chancengleichheit zum Standard und würden sie durch Segregation nachhaltig beeinträchtigt, könne diese nicht hingenommen werden. Durch die Reduktion der Mittel im öffentlichen Wohnungsbau sei den Kommunen allerdings ein Instrument zur Begrenzung von Segregation genommen.

Zum Verhältnis von Wissenschaft und Praxis wurde der häufig spürbare Pessimismus der Wissenschaft kritisiert. Dem wurde entgegnet, daß Wissenschaft und Praxis unterschiedlichen Handlungsregeln folgen. Wissenschaft zielt auf Analyse von Wirkungszusammenhängen. Planung bearbeite Phänomene und Symptome. Aussagen der Wissenschaft seien Prognosen, von denen auch die Wissenschaft hoffe,



... auch Platz für Humor blieb.

Raum geöffnet werden, so daß auch einer Monofunktionalität und privaten Aneignung des öffentlichen Raumes vorgebeugt wird. Die Einzelprojekte beziehen sich also auf die problematischen Ebenen städtischer Integration und relativieren pessimistische Perspektiven.

Die Diskussion konzentrierte sich zum einen auf Segregation, zum anderen auf die Beziehung von Wissenschaft und Praxis. Zur Segregation, deren gravierende Ausweitung und Vertiefung im Werkstattpapier behauptet wurde, wurde einerseits die Position vertreten, daß es sie in der Geschichte der Stadt immer gegeben habe, daß also städtische Siedlungsformen niemals wirklich kleinteilig durchmischt gewesen seien. Dem wurde entgegeng gehalten, daß eine Beurteilung von Segrega-

tion nicht durch kleinteilige Praxis – gerade nicht eintreten.

„Leistungsfähige Infrastruktur“

Nach den grundlegenden Themen des Vortages waren Gespräche über Handlungsoptionen angekündigt, die eine Übersetzung der oft abstrakten Leitbilder in konkretes Handeln ermöglichen sollten. In der Werkstatt „Leistungsfähige Infrastruktur“ wurde das Hauptaugenmerk auf die Bereiche Telekommunikation und Verkehr gelegt. In seinem Impulsreferat faßte Rainer König, Deutsche Telekom AG, noch einmal die mit dem Begriff Informationsgesellschaft verbundenen Visionen und Leitbilder zusammen, betonte die Dynamik der Märkte im Informations- und Verkehrssektor und zeigte auch die Widersprüche dieser Entwicklungen auf. Ge-



Nach den Kurzreferaten beteiligten sich die Gäste rege an der Diskussion.

staltungspotentiale wurden vor allem in der Weiterentwicklung von bisher überwiegend technologisch definierten Projekten zu nutzungsorientierten Konzepten gesehen.

Eingeleitet und ergänzt wurde dieses Impulsreferat durch die Vorstellung eines Difu-Arbeitspapiers, das im Kern auf den Vergleich grundlegender Strukturen des materiellen Verkehrs und der Telekommunikation und das Aufzeigen von Analogien und Widersprüchen konzentriert ist.

Die Diskussion entzündete sich an folgenden Fragen: Ist angesichts der kommunalen Verkehrsprobleme und der Entwicklungsdynamik der Informations- und Kommunikationstechnologien und -märkte eine veränderte Sichtweise notwendig und sind neue Aktivitäten der Kommunen in diesen Handlungsfeldern erforderlich? Können die Städte darauf verzichten, die neuen Möglichkeiten der Telematik aktiv mit eigenen Projekten zu entwickeln, um dadurch neue Potentiale zur Substitution von materiellem Verkehr zu erschließen? Muß vor diesem Hintergrund der Ausbau materieller Verkehrsinfrastruktur neu begründet werden? Und, das war die zweite kontrovers diskutierte Frage, muß der Erreichbarkeitsbegriff um die durch die Telekommunikation bezeichnete immaterielle Komponente erweitert werden? Muß die „immaterielle“ Komponente gleichberechtigt neben die klassische materielle Erreichbarkeit gestellt werden?

Die engagierte Diskussion dieser Fragen ergab zunächst eine deutliche Betonung der Ungleichheiten von materieller und immaterieller Erreichbarkeit. Ein herausragendes Kennzeichen der Telekommunikation sei die weitgehende Homogenität der transportierten Informationen. Die zur Zeit

beobachtete dynamische Entwicklung basiere zu einem erheblichen Anteil auf der Integration von Sprach- und Datenübermittlung. Eine entsprechende Homogenisierung sei bei der materiellen Erreichbarkeit, daß heißt im traditionellen Verkehr, nicht vorstellbar. Aber auch die den informationstechnischen Anforderungen genügende Homogenisierung komplexen und detailreichen Wissens scheitere häufig. Ein Grund dafür, daß Face-to-Face-Kontakte und persönliche Kommunikation ihre Bedeutung nicht verlieren würden.

Es wurde außerdem darauf verwiesen, daß die zu erwartenden Substitutionen von materiellem Verkehr überwiegend von Entwicklungen der Telekommunikation abhängen, die kommunal wenig steuerbar seien und für die in den Kommunen auch nur unzureichendes Know-how vorhanden sei. Die Substitutionspotentiale seien außerdem sowohl räumlich als auch sozial und funktional sehr unterschiedlich verteilt und daher kommunaler Rahmensetzung nur schwer zugänglich.

Wenn auch die Wirkungszusammenhänge zwischen materieller und immaterieller Erreichbarkeit in vielerlei Hinsicht unklar seien, so müsse aber doch von weiter ansteigenden Anforderungen an die materielle Erreichbarkeit gerade der attraktiven Städte ausgegangen werden. Dies setze in der Regel ein optimiertes, flächensparendes Verkehrssystem voraus, in dem die Bahn, der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und das Fahrrad eine größere Bedeutung als heute haben müßten.

Der Vorschlag einer eher gleichwertigen Betrachtung von Telekommunikation und Verkehr wurde am Beispiel des baurechtlichen Erschließungsbegriffs diskutiert. Aus dieser Sicht sah die Mehrheit der Werkstatt-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer Erschließungsdefizite weniger bei der Telekommunikation als beim ÖPNV. Es wurde darauf hingewiesen, daß es dem Anlaß „25 Jahre Difu“ und dem Leitmotto der Werkstätten (vom Leitbild zum konkreten Handeln) entsprechen würde, auch konkrete Vorschläge, wie z.B. „ÖPNV-Erschließung als Voraussetzung der Baugenehmigung“, öffentlich hervorzuheben.

Damit war die Diskussion des eingeschränkten Themas „Telekommunikation und Verkehr“ wieder bei dem ursprünglichen umfassenden Werkstatt-Titel „Leistungsfähige Infrastruktur“ angelangt.

Politische Stabilität

Politische Stabilität zu bewahren, dient nicht der Verstetigung von Mehrheitsverhältnissen, sondern der Funktionsfähig-

keit der kommunalen Demokratie oder, wie Jochen Dieckmann, Geschäftsführer des Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages, in seinem Impulsreferat betonte, der Stabilität des Systems Stadt insgesamt. Gefährdet erscheint diese Stabilität, darin bestand weitgehend Übereinstimmung, vor allem durch drei Entwicklungen:

- Der fortschreitende Zerfall der Gesellschaft in Einzelinteressen (Individualisierung) und die mit ihm einhergehende Pluralisierung von Wertvorstellungen und Lebensstilen erschweren es den Kommunen zunehmend, allgemein akzeptierte Problemlösungen zu entwickeln und durchzusetzen. Dies liegt nicht zuletzt daran, daß sich die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessenlagen in Rat wie Verwaltung widerspiegeln und dort die Konsensfindung behindern oder die Neigung zu populistischer Anpassung stärken. Ob die Individualisierung, wie vielfach angenommen wird, notwendigerweise in eine von „Anspruchsmoralität“ und „Werteverfall“ gekennzeichnete „Ego-Gesellschaft“ münden muß, wurde in der Werkstatt und im Plenum jedoch bezweifelt. Belegt wurden solche Zweifel mit Hinweisen darauf, daß die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich freiwillig ehrenamtlich zu engagieren, nach wie vor hoch sei und, nach manchen Auffassungen, sogar noch zunehmen werde (sich hierbei allerdings weniger auf traditionelle als auf unkonventionelle Organisationsformen erstreckte).
- Bürgererwartungen zu erfüllen, fällt den Kommunen zudem auch deswegen immer schwerer, weil ihre Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume stetig abnehmen: auf Grund staatlicher Vorgaben und des wachsenden Zwangs zu Kooperation und Abstimmung (etwa im regionalen Kontext). Gleichzeitig wachsen die Komplexität und Kompliziertheit der Probleme ständig, mit welchen sich die Städte konfrontiert sehen. Dieses Dilemma wird besonders schmerzhaft daran deutlich, daß ihre Verteilungsspielräume bei zunehmenden Verteilungsaufgaben drastisch abgenommen haben.
- Politik(er)verdrossenheit läßt die Wahlbeteiligung sinken, fördert die Bereitschaft zur Protestwahl und schränkt die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem lokalen politisch-administrativen System ein. Sie resultiere aus Fehlentwicklungen auf staatlicher Ebene, sei aber auch, so die vehemente Kritik des bisherigen Ober-



Im Abschlußplenum wurde über die Ergebnisse der Werkstätten berichtet.

bürgermeisters von Leipzig, Dr. Hinrich Lehmann-Grube, zu wesentlichen Teilen „hausgemacht“. Handelten die Parteien vor Ort doch, wie überall, nach der Überzeugung, alle Gewalt ginge von ihnen aus und weckten sie mit solchen Allmachtsansprüchen Erwartungen, denen sie schon lange nicht mehr gerecht zu werden vermögen.

Die Aktivitäten, um diesen Gefahren für eine politische Stabilität der Kommunen wirksam begegnen zu können, konzentrieren sich derzeit fast ausschließlich auf die Modernisierung der Verwaltung. Durch eine Effektivität und Wirtschaftlichkeit kommunalen Handelns steigernde neue Steuerung der Kommunalverwaltung sollen bislang ungenutzte Handlungsressourcen erschlossen und für eine stärkere Orientierung an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger genutzt werden. Ob sich solch hochgespannte Erwartungen erfüllen werden, ist derzeit offen. Skepsis erscheint angebracht, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Verwaltungsmodernisierung die Kommunen weder von staatlichen Vorgaben, noch dem Zwang zu Kooperation und Abstimmung befreien kann; daß sie, zumindest zu Anfang, mehr kostet als spart; und daß die Mehrzahl der Reformstädte sich bisher weitgehend auf die Binnenmodernisierung konzentrierte und darüber die Verstärkung der Bürgerorientierung ebenso vernachlässigte wie die Verbesserung der politisch-strategischen Steuerung durch den Rat. Stellt man dann noch fest, daß auch die Binnenmodernisierung vor erheblichen Problemen – etwa bei Outputorientierung und Produktbildung oder der Einführung eines wirksamen Controllings – steht, kann man, wie der frühere Institutsleiter des Difu, Prof. Dr. Sauberzweig, durchaus eine „Krise des Neuen Steuerungsmodells“ konstatieren.

Die „ZukunftsWerkStadt“ wird im nächsten Frühjahr in der Reihe der Difu-Beiträge dokumentiert. Wir werden in den Difu-Berichten darauf hinweisen.

Weitere Informationen:
Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: pressestelle@difu.de

Als weitere Ansatzpunkte für das Bemühen, die politische Stabilität der Kommunen zu bewahren, wurden folgende Punkte erörtert:

- Anders als in der von den Bürgerinitiativen ausgelösten Partizipationsdebatte der 70er Jahre verspricht man sich heute kaum mehr etwas von einem weiteren Ausbau der Bürgerpartizipation und der plebiszitären Elemente in den Kommunalverfassungen. Die Möglichkeiten dieser Strategie scheinen weitgehend erschöpft. Ist mittlerweile doch in allen Bundesländern ein ähnlich hohes Niveau erreicht, das sich in Europa, wie Prof. Dr. Wollmann von der Humboldt-Universität Berlin anmerkte, allenfalls noch mit dem der Schweiz vergleichen läßt.
- Sehr viel mehr verspricht man sich dagegen davon, die Bereitschaft bürgerchaftlichen Engagements aufzugreifen, zu stärken und in gemeinnützige Projekte zu vermitteln. Gelingt es, das Mißtrauen gegenüber öffentlichen Angeboten zu überwinden und die notwendige Infrastruktur – etwa in Form von Freiwilligenagenturen – bereitzustellen, könne auf diese Weise, so die Hoffnung von Prof. Dr. Erika Spiegel, so etwas wie ein „kooperativer Individualismus“ entstehen, der den partizipatorischen Ansatz kommunaler Selbstverwaltung mit neuem Leben erfüllt. Dies setzt freilich voraus, daß sich das lokale poli-tisch-administrative System aus seiner Selbstbezogenheit löst und nach „unten“, zum Bürger hin, weit durchlässiger wird als es derzeit noch ist. Stadtteile und „Kieze“ dürften für eine derartige Politik die geeigneten räumlichen Bezugspunkte bilden.
- Weitgehend konsensfähig war die Forderung, daß Rat und Verwaltung sich gegenüber den unterschiedlichen Interessenlagen in der Gesellschaft nicht

in opportunistischer Nachgiebigkeit gegenüber jenen verlieren dürfen, die öffentlichen Druck am wirksamsten zu mobilisieren vermögen – oft mit Hilfe der örtlichen Medien, die hier häufig eine höchst wichtige Rolle spielen. Sie müßten ihre Fähigkeit zu einem qualifizierten, das heißt begründeten, „Nein“ vielmehr systematisch entwickeln und konsequent anwenden. Dem entspricht die mehrfach erhobene Mahnung, die repräsentative Demokratie dürfe nicht aufgegeben werden und ihre Organe sich nicht auf die Rolle von Moderatoren in den Auseinandersetzungen zwischen den gesellschaftlichen Kräften beschränken. Diese Forderungen scheinen durchaus geeignet, den vorherrschenden Trend zur Stärkung der Position der Bürger zu relativieren – die bei der Verwaltungsmodernisierung wie bei der Suche nach wirksameren Partizipationsmethoden immer stärker als „Auftraggeber“ der Kommunalverwaltung begriffen werden.

Eine derartige Rückbesinnung auf das repräsentative Prinzip darf nicht als Versuch mißverstanden werden, die Ergebnisse der Partizipationsdebatte der 70er Jahre und des Wertewandels hin zu mehr individueller Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit vergessen zu machen. Deutet sich hier doch viel eher an, daß das derzeitige Überbetonen des partizipatorischen Elements kommunaler Demokratie dieser möglicherweise ebenso abträglich ist wie früher das Verabsolutieren des auf Repräsentativität zielenden kommunalen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses, durch den schließlich die Bürgerinitiativen auf den Plan gerufen wurden. Die Wahrheit liegt, wie so oft, irgendwo auf dem Kontinuum zwischen den Extremen und verschiebt sich jeweils mit den aktuellen Problemlagen nach der einen oder anderen Richtung.

Ansprechpartnerinnen und -partner für die Werkstätten:

<i>„Nachhaltiges Wirtschaften“</i>	<i>„Gesellschaftliche Integration“</i>	<i>„Leistungsfähige Infrastruktur“</i>	<i>„Politische Stabilität“</i>
Dipl.-Geogr. Beate Hollbach-Grömig Telefon: 0 30/3 9001-293 E-Mail: hollbach-groemig@difu.de	Dipl.-Sozialw. Hasso Brühl Telefon: 030/39001-243 E-Mail: bruehl@difu.de	Dr. rer. pol. Busso Grabow Telefon: 030/39001-248 E-Mail: grabow@difu.de	Dr. oec. Birgit Frischmuth Telefon: 030/39001-242 E-Mail: frischmuth@difu.de
Dipl.-Sozialök. Jens Libbe Telefon: 030/39001-115 E-Mail: libbe@difu.de	Dr. rer. pol. Albrecht Göschel Telefon: 030/39001-235 E-Mail: goeschel@difu.de	Dipl.-Ing. Michael Lehmbrock Telefon: 030/39001-252 E-Mail: lehmbrock@difu.de	Dr. Paul von Kodolitsch Telefon: 030/39001-272 E-Mail: fortbildung@difu.de
Dr. jur. Rolf-Peter Lühr Telefon: 030/39001-220 E-Mail: loehr@difu.de	Dipl.-Volksw. Ulla-Kristina Schuleri-Hartje Telefon: 030/39001-234		

TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb

Bekanntgabe der diesjährigen Preisträger



Anlässlich der Preisverleihung im Anhaltischen Theater Dessau hielten Fritz Brickwedde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, und Prof. Dr. Heinrich Mäding, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik, die Eröffnungsreden.



Die „TAT-Orte 1998“ sind ermittelt. Fünf Gemeinden und Initiativen aus den neuen Bundesländern wurden beim diesjährigen Wettbewerb „TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb“ dafür prämiert, daß sie durch Eigeninitiative, Phantasie und Tatkraft beispielhafte Umweltideen in die Tat umsetzen, die gleichzeitig auch eine positive ökonomische und soziale Bedeutung haben.

Das Projekt „TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb“ ist auf kleine, vor allem in ländlichen Gebieten gelegene Gemeinden in den neuen Bundesländern ausgerichtet. An dem jährlich durchgeführten Wettbewerb können sich Verwaltungen und Initiativen aus Gemeinden der neuen Bundesländer (bis 10 000 Einwohner) beteiligen, die innovative Ideen mit persönlichem Engagement verbinden und so zur Verbesserung der Lebensqualität ihrer Region beitragen. Einsendeschluß für den letzten offenen Wettbewerb war der 25. September 1998. Im Jahr 2000 werden alle Preisträger der vergangenen fünf Jahre nochmals ins Rennen geschickt, um dann schließlich die herausragendsten TAT-Orte des gesamten Wettbewerbs zu küren.

Positive Praxisbeispiele machen Mut, selbst Initiative zu ergreifen und Ideen zu verwirklichen. Dazu bieten die „TAT-Orte“ der bisher durchgeführten Wettbewerbe vielfältige Anregungen. Sie dokumentieren in eindrucksvoller Weise, daß durch die konsequente Berücksichtigung von Umweltbelangen bei Planung und Durchführung unterschiedlichster Vorhaben auch ökonomische und soziale Vorteile erzielt werden können: zum Beispiel die umweltschonende Energieversorgung, die neue Arbeitsplätze in der Region geschaffen hat, oder die ökologisch orientierte Abwasserreinigung, die für die ländliche Bevölkerung kostengünstiger sein kann als eine herkömmliche Form der Abwasserentsorgung, die ökologisch orientierte Landwirtschaft und die effiziente regionale Vermarktung ihrer Produkte oder die Realisierung umweltfreundlicher Demonstrationsanlagen, die gleichzeitig der Umweltbildung und dem Betrieb von Gebäuden dienen.



Heinz Mohr für die Gemeinde Retzow und den Verein zur Förderung Angemessener Lebensverhältnisse (FAL e.V.)



Dr. Harry Stolte für das Internationale Zentrum für Innovation, Qualifizierung und Gewerbeförderung e.V., Gemeinde Hedersleben



Eberhard Baumann für das Ökozentrum Werratal/Thüringen GmbH Vachdorf



Günter Vallentin für die Stadt Ostritz-St. Marienthal und das Internationale Begegnungszentrum St. Marienthal



Dr. Wilhelm Schäkel für den Unternehmensverbund „Bioland Ranch Zempow“ und die Gemeinde Zempow

Durch das „TAT-Orte“-Projekt wird die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen unterstützt. Das Interesse an Ideen und Wegen der jeweils anderen Bewerber, auch derer, die heute nicht unter den Ausgezeichneten sind, ist groß. Schließlich gehen von allen Nachweisen gelungener Eigeninitiative und erfolgreicher Praxis starke Impulswirkungen aus. Das „TAT-Orte“-Projekt sorgt für die systematische Weitergabe von Erkenntnissen und Erfahrungen zwischen den Gemeinden, zum einen durch die Weitergabe der Buchdokumentationen an Gemeinden und Initiativen, zum anderen mit der Durchführung von Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch zwischen allen Teilnehmern. Seit Juli 1998 werden im Rahmen von „TAT-Orte“ zusätzlich Fachtagungen zu ausgewählten Themen des Umweltschutzes durchgeführt. Die erste Tagung hat am 7. Juli 1998 im Internationalen Begegnungszentrum St. Marienthal zum Thema „Möglichkeiten einer ökologischen Dorfentwicklung“ stattgefunden. Die nächsten Tagungen werden sich mit der „Lokalen Agenda 21 für Gemeinden“ befassen. Aufgrund der großen Nachfrage und der besonderen Bedeutung dieses Themas werden dazu zwei Veranstaltungen stattfinden, eine im Süden und eine im Norden der neuen Bundesländer. Ein weiteres neues Element sind Fachberatungen, die auf Empfehlung der projektbegleitenden Arbeitsgruppe einzelnen Bewerbern angeboten werden.

Preisverleihung in Dessau

Die Auszeichnungen wurden am 6. September 1998 im Rahmen einer Festveran-

staltung im Anhaltischen Theater in Dessau vom Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, Fritz Brickwedde, und dem Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik, Professor Dr. Heinrich Mäding, überreicht. „Ich bin der festen Überzeugung, daß die heutige Auszeichnung an fünf beispielgebende Gemeinden und Initiativen zu einem breiten Ideentransfer führen und nicht zuletzt helfen wird, die Diskrepanz zwischen entwickeltem Umweltbewußtsein und konkretem Umwelthandeln durch konstruktive, positive Beispiele zu überwinden“, erklärte Fritz Brickwedde.

Neben der Urkunde erhielten die Preisträger eine reichbebilderte Buchdokumentation und einen Videofilm, die ausführlich über die prämierten „TAT-Orte“ informieren. Sie werden den Preisträgern in höherer Auflage zur Verfügung gestellt. Die Buchdokumentation wurde bereits stark nachgefragt. Interessenten können diese beim Deutschen Institut für Urbanistik anfordern.

Anläßlich der Preisverleihung wurden nicht nur die Videofilme präsentiert, sondern auch eine Ausstellung im Anhaltischen Theater über die ausgezeichneten TAT-Orte eröffnet. „Wir hoffen, daß wir mit der heutigen Preisverleihung, den Buchdokumentationen, der Ausstellung und dem Video Grundsteine für neue Ziele und Erfolge legen können, bei den Preisträgern ebenso wie bei all denjenigen, die wir zur Nachahmung anregen wollen“, so Professor Dr. Heinrich Mäding.

Die „TAT-Orte“-Preisträger 1998

Gemeinde Retzow und Verein zur Förderung Angemessener Lebensverhältnisse (FAL e.V.)

Die Gemeinde Retzow mit ihren 381 Einwohnern liegt im Süden Mecklenburg-Vorpommerns im Landkreis Parchim. Kennzeichnend für Retzow und die landwirtschaftlich geprägte Region südlich des Plauer Sees sind Strukturschwäche und hohe Arbeitslosigkeit.

Die fünf Gemeinden Ganzlin, Gnevsdorf, Retzow, Wahlstorf und Wendisch Priborn sowie mehrere Unternehmen und Einzelpersonen engagieren sich im Verein zur Förderung Angemessener Lebensverhältnisse (FAL e.V.) gemeinsam für ihre Dörfer, die Menschen und die Region. „Für uns kam und kommt es darauf an, regionale Akzente gegen Arbeitslosigkeit, Resignation und sichtbaren Verfall dörflicher und sozialer Strukturen zu setzen“, erklärt Heinz Mohr, Vorsitzender des FAL e.V.



Die „Täter“

Mit Hilfe des zweiten Arbeitsmarktes werden unter der Regie des FAL e.V. in Projekten des Naturschutzes, der Landschaftspflege und des Tourismus, durch Umweltbildung und durch die Schaffung kultureller und dörflicher Zentren Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Regionalentwicklung geschaffen.

Aus ABM-Projekten wurden bereits mehrere eigenständige Unternehmen gegründet, die dauerhafte Arbeitsplätze einrichten konnten. Die Gemeinden betreiben in Kooperation eine gezielte Ansiedlung von Handwerk und Gewerbe. Sichtbare Beispiele für das erfolgreiche Engagement aller Beteiligten sind das Ülepüle in Retzow, die alte Brennerei Ganzlin, das Gutshaus Klein Dammerow und die Ziegelei Benzin.

Internationales Zentrum für Innovation, Qualifizierung und Gewerbeförderung e.V., Hedersleben

Das Internationale Zentrum für Innovation, Qualifizierung und Gewerbeförderung hat seinen Sitz in dem ehemaligen Kloster St. Gertrudis in Hedersleben, einer kleinen Gemeinde mit 1863 Einwohnern in Sachsen-Anhalt. Die Konzeption des Zentrums umfaßt eine Vielzahl von ökologisch orientierten Maßnahmen, bei denen ökonomische, soziale oder entwicklungspolitische Aspekte Berücksichtigung finden.

„Wiederaufbau und Wiederbelebung der riesigen Klosteranlage sind ein wichtiger Nebeneffekt des Projekts, wichtiger jedoch ist, daß die Menschen wieder beginnen, Ideen zu entwickeln, darüber zu diskutieren und vor allem sie zu realisieren“, so Dr. Harry Stolte, Vorstandsvorsitzender des Vereins. Bei der Sanierung und dem Ausbau des Klosters wurde auf die Verwendung von umweltfreundlichen Materialien geachtet, eine umweltverträgliche Abwasserentsorgung durch eine Pflanzenkläranlage realisiert sowie die Nutzung regenerativer Energien vorgesehen. Ökologisch orientierter Landbau, regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte und die Förderung des naturschonenden Fremdenverkehrs gehören zu den weiteren Zielen von Verein und Gemeinde.

Die Bildungsarbeit und die Qualifizierungsmaßnahmen, die im Kloster durchgeführt werden, umfassen auch Projekte und Seminare, die vielfältige Maßnahmen des Umweltschutzes integrieren. Vorbildlich ist dabei die Verbindung von realisierten Umweltprojekten und -technologien, die gleichzeitig dem Betrieb der Gebäude und der Umweltbildung dienen.



Das Ülepüle in Retzow beherbergt eine Textilwerkstatt mit Laden und ist zugleich dörfliche Begegnungsstätte.



Das Internationale Zentrum für Innovation, Qualifizierung und Gewerbeförderung e.V. im ehemaligen Kloster St. Gertrudis



Biokäse-Herstellung bei der ÖW-Ökozentrum Werratal/Thüringen GmbH, einem der größten Öko-Agrarunternehmen Deutschlands

ÖW-Ökozentrum Werratal/Thüringen GmbH Vachdorf

Die ÖW-Ökozentrum Werratal/Thüringen GmbH Vachdorf im Landkreis Schmalkalden-Meiningen wurde Ende 1991 gegründet. Sie ist eines der größten deutschen Öko-Agrarunternehmen. Auf etwa 1800 Hektar Fläche im südlichen Vorland des Thüringer Waldes werden Täler, Hänge und Hochflächen nach den strengen Kriterien des Gäa-Anbauverbandes standortgerecht bewirtschaftet. „Es war Absicht und Einsicht zugleich, dem fortschreitenden Verfall von sinnhaften Agrarstrukturen zu begegnen und neue Leitbilder eines behutsamen Umgangs mit der Natur durch eine nachhaltige Landbewirtschaftung zu schaffen“, betonte Eberhard Baumann, Geschäftsführer der Ökozentrum GmbH.

Rund 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erzeugen und verarbeiten im Ökozentrum und in den Partnerunternehmen regionale Produkte von hoher Qualität. Das neue Betriebskonzept zeichnet sich durch die Einheit von Bodennutzung, Agrarraumgestaltung sowie dörflicher und regionaler Entwicklung aus. Mit der Wiederherstellung und Neuanlage von Feldhecken, Baumreihen, Grassäumen und Streuobstwiesen wird der Agrarraum wieder Lebensraum für Pflanzen und Tiere.

Der neue Ökomarkt in Vachdorf verknüpft ökologische Produktion, Verarbeitung und Vermarktung mit Information und Tourismus. Das regelmäßig stattfindende Ökofest ist über Thüringen hinaus ein Besuchermagnet. Das Ökozentrum ist Triebfeder einer umweltverträglichen ländlichen Entwicklung, für die sich Unternehmen, die Gemeinden Vachdorf, Leutersdorf und Belrieth sowie Vereine und Bürgerinnen und Bürger gemeinsam einsetzen.



Das Biomasse-Heizkraftwerk – wichtiger Baustein der Energieökologischen Modellstadt Ostritz-St. Marienthal

Stadt Ostritz-St. Marienthal und Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal

Die Stadt Ostritz-St. Marienthal liegt zwischen Görlitz und Zittau, direkt an der Neiße, im Dreiländereck Deutschland, Polen, Tschechische Republik. Die Region war vor der Wende durch Braunkohleabbau und Energiegewinnung aus Braunkohle geprägt und wurde früher als das „Schwarze Dreieck“ bezeichnet.

Nach der Wende hat sich Ostritz gewissermaßen zu einem „Experten“ im Bereich der Energieversorgung entwickelt: Die heutige „Energieökologische Modellstadt Ostritz-St. Marienthal“ sieht eine autarke Energieversorgung auf der Grundlage regenerativer Energien vor. Die Stadt errichtete ein Biomasse-Heizkraftwerk, Solar- und Photovoltaikanlagen, einen Windpark, Wasserkraftwerke sowie eine Modell-

anlage zur Regenwassernutzung. Ostritz-St. Marienthal hat darüber hinaus weitere ökologische Projekte zu bieten wie beispielsweise eine Pflanzenkläranlage, den sanierten Marktplatz oder Energiesparmaßnahmen in der Schule. „Das wichtigste an den Projekten ist, daß damit den Menschen in unserer Stadt eine neue Hoffnung, eine neue Perspektive gegeben wurde,“ so Günter Vallentin, Bürgermeister der Stadt.

Ein wichtiger Bestandteil der Entwicklung in Ostritz-St. Marienthal ist die Arbeit des Internationalen Begegnungszentrums sSt. Marienthal. Dieses Zentrum, mit Sitz im Kloster St. Marienthal, widmet sich insbesondere der länderübergreifenden Umweltbildung und der Information über Ergebnisse und Erfahrungen in Ostritz.

Unternehmensverbund „Bioland Ranch Zempow“ und Gemeinde Zempow

Die 135 Einwohner zählende Gemeinde Zempow liegt im strukturschwachen Norden Brandenburgs im Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Das landwirtschaftlich geprägte Dorf und seine Einwohner waren nach der politischen Wende besonders vom Niedergang der LPG-Strukturen betroffen. Seitdem sich im Jahr 1992 junge Landwirte ansiedelten und der Unternehmensverbund „Bioland Ranch Zempow“ gegründet wurde, werden 850 Hektar ertragsschwacher Böden in Form extensiver Weidewirtschaft nach Bioland-Kriterien bewirtschaftet. Heute genießt Qualitätsrindfleisch aus Zempow auch über die Region hinaus einen guten Ruf.

Vielfältig sind auch Zempows touristische Angebote: Ferienwohnungen in Ökohäusern und auf alten Gehöften, Reitkurse, Radfahren, Bootstouren, Wanderungen in der Umgebung und vieles mehr.



Die Bioland Ranch Zempow, Unternehmensverbund für Öko-Landwirtschaft und Tourismus, engagiert sich gemeinsam mit der Gemeinde Zempow für eine ökologische Dorfentwicklung.

Mit Veranstaltungen über ökologischen Landbau, mit Umweltbildungsangeboten, Öffentlichkeitsarbeit, dörflicher Kommunikation und durch regionalen Erfahrungsaustausch wird in Zempow der Aufbau eines Zentrums für umweltgerechte Landentwicklung vorbereitet, in dessen Rahmen zukünftig verschiedene Modellvorhaben verwirklicht werden sollen.

Unternehmen, Gemeinde, Vereine und Bürger verfolgen in Zempow ein gemeinsames Ziel: die zukunftsfähige Ortsentwicklung bei sinnvoller Nutzung örtlicher und regionaler Potentiale. Dr. Wilhelm Schäkel vom Unternehmensverbund hebt dies besonders hervor: „Die Potentiale Zempows sehen und entwickeln, das ist zum Motto unseres Dorfes geworden.“



Hohen Anklang fand auch die Ausstellung, in der die fünf Preisträger präsentiert wurden.

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Telefon: 030/39001-244
Telefax: 030/39001-241
E-Mail: roesler@difu.de
<http://www.difu.de/tatorte>



Grün- und Freiflächen

Anforderungen im Planungs- und Genehmigungsverfahren

Neue Arbeitshilfe in der Reihe „Umweltberatung in Kommunen“

Die derzeitigen landschafts- und bauleitplanerischen Möglichkeiten zur Verbesserung der Umweltbedingungen durch Maßnahmen, die sich auf die Grünflächen auswirken, werden – sowohl aus fachlicher als auch rechtlicher Sicht – in der kommunalen Praxis bisher nicht voll ausgeschöpft.

Durch die Novelle des Baugesetzbuchs mit dem neuen § 1a gilt nun die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung unmittelbar im Bauplanungsrecht. Damit sind Erfahrungen mit solchen Festsetzungen im Bebauungsplan von besonderer Relevanz. In der kommunalen Praxis gibt es im Rahmen der Bauleitplanung noch erhebliche Anwendungsunsicherheiten bei der Eingriffsregelung.

Die neue Arbeitshilfe „Grün- und Freiflächen. Anforderungen im Planungs- und Genehmigungsverfahren“ leistet einen Beitrag zur Verdeutlichung und Stärkung der „Grünbelange“ im Planungs- und Genehmigungsverfahren. Es wird gezeigt, welche rechtlichen und praktischen Möglichkeiten und Grenzen für die Entwicklung und Umsetzung von Anforderungen bei Planungen und konkreten Bauvorhaben auf einem Baugrundstück bestehen. Insbesondere wird untersucht, ob und wie mit den Instrumenten des Städtebau- und des Naturschutzrechts eine ökologisch sinnvolle Gestaltung der für die Ausnutzung der zulässigen Bebaubarkeit nicht benötigten Flächen des Baugrundstücks erreicht werden kann.

Durch den Nachweis „grünrelevanter“ Regelungsmöglichkeiten, insbesondere

- zur Begrünung und Bepflanzung nicht überbauter Flächen oder baulicher Anlagen,
- zur Freihaltung von Grundstücksflächen von Überbauung und Versiegelung sowie zur Versickerung von Niederschlagswasser und
- zur Sicherung und Schaffung von Biotopen

wird in der vorliegenden Veröffentlichung eine argumentative Unterstützung für deren Umsetzung gegeben.

Die Arbeitshilfe ist in einen Analyse- und einen Dokumentationsteil gegliedert. Ein Schwerpunkt des Analyseteils liegt in der synoptischen Aufbereitung der länderspezifischen Inhalte des Naturschutz- und Baurechts, um einen schnellen und übersichtlichen Vergleich der jeweiligen Länderegelungen zu ermöglichen. In der Analyse werden zum einen die Festsetzungs- und Darstellungsmöglichkeiten in Landschafts-, Grünordnungs-, Bauleit- und sonstigen Plänen und Satzungen aufbereitet. Zum anderen werden die nach den Bauordnungen und anderen für die Baugenehmigung einschlägigen Regelungen unmittelbar bestehenden Möglichkeiten analysiert.

Im ausführlichen Dokumentationsteil werden Anwendungsfälle der kommunalen Praxis aus der Bauleit-, der Landschaftsplanung sowie sonstigen Satzungen und Verordnungen mit grünbezogenen Regelungen nach Themengruppen beispielhaft aufbereitet. Hierfür wurden zahlreiche Bebauungspläne, Grünordnungspläne und kommunale Satzungen ausgewertet. Insgesamt wurden mehr als 300 Festsetzungsbeispiele in übersichtlicher und daher leicht nutzbarer Form zusammengestellt. Die Angabe der jeweiligen Quellen ermöglicht Lesern die weitere Vertiefung von Plan- oder Satzungsinhalten.

Autoren der Arbeitshilfe sind die Landschaftsplanerin und ehemalige Difu-Mitarbeiterin Angela Brockmann sowie Prof. Dr. Rudolf Schäfer von der Technischen Universität Berlin.

Die Veröffentlichung entstand im Rahmen des Projekts „Informations- und Beratungsangebot für den kommunalen Umweltschutz in den neuen Bundesländern“, das vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) über das Umweltbundesamt (UBA) finanziert und von den drei kommunalen Spitzenverbänden mitgetragen wurde.

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing. agr. Thomas Preuß
Telefon: 030/39001-265
E-Mail: preuss@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Städtebauförderung und Ressourcenbündelung

Neuer Materialienband
erschienen

Durch den gegenwärtigen massiven gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel sind Stadterneuerung und Stadtteilentwicklung vor neue Herausforderungen gestellt. Immer deutlicher zeichnet sich die Notwendigkeit ab, Programmatik und Verfahren der Städtebauförderung zu überdenken und sie den komplexer gewordenen Aufgaben und Problemlagen in vielen Quartieren anzupassen. Die ressortübergreifende Kombination von Förderungsprogrammen, die stärkere Berücksichtigung nicht-investiver Ansätze und die Erprobung neuer Verwaltungs- und Managementstrukturen sollen dazu dienen, die vorhandenen Ressourcen für eine umfassende und integrierte Stadtentwicklung zu bündeln und den Mitteleinsatz zielgenauer, effizienter und gleichzeitig auch flexibler zu gestalten.

Die Ministerkonferenz der ARGEBAU hat sich deshalb im November 1996 für die Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ als Aktionsprogramm gegen die wachsende sozialräumliche Polarisierung in den Städten ausgesprochen und sich in diesem Zusammenhang an den Bund und die Länder mit dem Vorschlag gewandt, den für diese Stadtteile erforderlichen komplexen Erneuerungsprozeß anhand von Beispielquartieren im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) zu fördern, zu untersuchen und zu evaluieren. Als „Stadtteile mit Entwicklungspriorität“ sollen sie einen neuen Aufgabenschwerpunkt der Städtebauförderung bilden. Zur Vorbereitung dieses neuen Handlungsfelds im Programm des ExWoSt erarbeitete das Difu im Auftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (BMBau) die als Band 3/1998 der Materialien veröffentlichte Expertise „Städtebauförderung und Ressourcenbündelung“.

Die Sanierungs- und Stadterneuerungsgebiete der siebziger und achtziger Jahre wiesen bereits Merkmale von Benachteiligung und Belastung auf, die seinerzeit mit dem Etikett „Rückständigkeit“ als Anlässe zur Sanierung herangezogen wurden. Neu an der gegenwärtigen Situation sind die Größenordnung der Probleme und die Intensität der bereits vollzogenen oder absehbaren räumlichen Konzentration. Eine besondere Hypothek der aktuellen Entwicklung besteht nämlich darin, daß sich die soziale Spaltung in Abhängigkeit von Bodenwerten, Mietenniveaus, Milieus und

Images zunehmend in räumlichen Polarisierungen niederschlägt. Neu ist darüber hinaus das Ausmaß an sozialem Konfliktstoff, der sich aus der Konzentration unterschiedlicher ethnischer Gruppierungen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen in den Stadtteilen ergibt.

Als zentrale Aufgabe einer integrativen Stadt(teil)entwicklung gilt es, das Entstehen von Belastungen und Benachteiligungen zu verhindern, die aus einer spezifischen Stadtstruktur resultieren, aus einem gebietlichen Substandard, der mit Verwahrlosung, Stigmatisierung und Unsicherheit gekoppelt ist. Damit geht es nicht nur wie bei der traditionellen Sanierung defensiv und reaktiv um Stabilisierung und Weiterentwicklung der lokalen Verhältnisse, sondern auch um die präventive Dimension der Aufgabe. Im Mittelpunkt stehen Projekte, Maßnahmen und Organisationsmodelle zur Initiierung von längerfristig sich selbst tragenden Entwicklungen, das Stützen und Fördern vorhandener Initiativen, Hilfe zur Selbsthilfe, Motivation zur Teilhabe an Entwicklungsprozessen im Quartier und am Aufbau von Lebensperspektiven.

Zwei Quartierstypen zeichnen sich heute als Gebiete mit besonderem Handlungsbedarf oder mit Entwicklungspriorität ab: zum einen verdichtete innerstädtische – häufig gründerzeitliche – Altbauquartiere und zum anderen die überwiegend in industrialisierter Bauweise entstandenen Neubausiedlungen der sechziger bis achtziger Jahre. Beide Arten von Quartieren fungieren zunehmend als Auffangareale für Haushalte in sozial und ökonomisch besonders angespannter Situation, für durch Verdrängung vertriebene Haushalte, Migranten und Menschen mit provisorischem oder unklarem Aufenthaltsstatus.

Vor allem Strategien auf Landesebene in Nordrhein-Westfalen und Hamburg haben in der Bundesrepublik für integrierte Stadtteilpolitik eine Vorreiterrolle übernommen. Seit 1993 sind „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ ein herausgehobener Handlungsschwerpunkt der Förderpolitik der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. In Hamburg wurde 1994 das „Maßnahmenkonzept für eine soziale Stadtentwicklung“ mit den Schwerpunkten „Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in Pilotstadtteilen“ und „Sonderprogramm Maßnahmen zur Armutsbekämpfung“ beschlossen. Als besondere Schwierigkei-

ten erweisen sich allerdings bisher die Überwindung von Ressortegoismen, die Angleichung der sektoral unterschiedlichen Förderkonditionen, der Einsatz flexibler und dennoch kontrollierter Antrags-, Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren.

Auf der Grundlage von drei – hinsichtlich Ausgangssituation, Programmatik, Verfahrensweisen und Durchführungsstand – sehr unterschiedlichen Fallbeispielen der Stadterneuerung sind im Rahmen der Difu-Expertise bereits praktizierte und geplante integrierte Maßnahmenkonzepte und Bündelungsverfahren untersucht worden, um daraus Thesen für den ExWoSt-Schwerpunkt und Indikatoren zur Auswahl von Modellvorhaben zu entwickeln. Bei den untersuchten Gebieten handelt es sich:

- mit Duisburg-Marxloh um ein gründerzeitliches Altbauquartier mit den typischen Merkmalen eines „Stadtteils mit besonderem Erneuerungsbedarfs“, in dem eine Vielzahl von Programmen und Förderungsmitteln zum Tragen kommt;
- mit Leipzig-Grünau um eine Großwohnsiedlung in Plattenbauweise, bei der es darum geht, neben Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen

Weitere Informationen:
Dr.-Ing. Heidede Becker
Telefon: 030/39001-298
Telefax: 030/39001-269

men vor allem potentiellen negativen Entwicklungen auch mit unkonventionellen Maßnahmen wie dialogischen Planungsverfahren vorzubeugen;

- mit Hannover-Linden um zwei Sanierungsgebiete der ersten, gemäß Städtebauförderungsgesetz durchgeführten Maßnahmengeneration und entsprechenden Durchführungserfahrungen, aus denen gegenwärtig Konsequenzen für zukünftige Erneuerungsverfahren gezogen werden.

Der neue ExWoSt-Schwerpunkt richtet sich auf strategische Programme der integrierten Stadtentwicklung mit baulich-städtebaulichen, sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Handlungsfeldern. Er ist für einen Zeitraum bis zum Jahr 2002 geplant. Im Mittelpunkt stehen innovative Ansätze zur programmatischen, förderungstechnischen und organisatorischen Bewältigung der vielschichtigen und gesellschaftspolitisch brisanten Aufgabe Stadtteilentwicklung. Im Rahmen des Schwerpunkts sollen integrierte Ansätze in den Beispielquartieren unterstützt werden, bei denen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Land und Kommune die für die Maßnahmen erforderlichen Mittel über die Grenzen von Ressortzuständigkeiten hinaus zur Verfügung gestellt werden können.

Seminarbegleitende Bibliographien

Im dritten Quartal 1998 sind in der Difu-Reihe „Seminarbegleitende Bibliographien“ folgende Titel neu erschienen:

Stadt und Region, Stadtregion

Bibliographie zum Difu-Seminar „Stadt und Region – Denkanstöße für mehr Kooperation“, 17. und 18. August 1998. Recherche-Stichwörter: Kernstadt und Umlandgemeinden, Stadtregion und Planungshoheit, Suburbanisierung, Flächensteuerung, Finanzknappheit und regionale Ansprüche, Regionale Kooperation. 100 S., Heft 8/98, Schutzgebühr 30,- DM.

Verwaltungsmodernisierung und Veränderungsmanagement in Kommunen und Staat

Bibliographie zur gemeinsamen Fachtagung des Deutschen Instituts für Urbanistik und der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung „Zum Management von Verwaltungsreformen“, 12. bis 14. Oktober 1998. Recherche-Stichwörter: Verän-

derungsmanagement; Innovation und Management; Steuerung, Prozeß, Verfahren; Organisationsentwicklung; Beschäftigtenbeteiligung; Expertenberatung; Verwaltungsreform in der Landes- und Bundesverwaltung, 116 S., Heft 9/98, Schutzgebühr 35,- DM.

Die „Seminarbegleitenden Bibliographien“ bleiben aus Aktualitätsgründen nur für kurze Zeit in einer kleinen Auflage lieferbar.

Folgende Bibliographien sind zur Zeit noch lieferbar:

- Controlling, Heft 4/98, 30,- DM,
- Stadtmarketing, Heft 5/98, 30,- DM,
- Veränderungsmanagement, Heft 6/98, 35,- DM sowie
- Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen, Heft 7/98, 30,- DM.

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing.
Heidrun Kunert-Schroth
Telefon: 030/39001-297
Telefax: 030/39001-275
E-Mail: kunert-schroth@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Auszeichnung für fünf wissenschaftliche Arbeiten

Ergebnis der Kommunalwissenschaftlichen
Prämienausschreibung 1997



Kultur Forum Berlin, Foto : CD Berlin images, Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

Für 1997 schrieb die Stiftung der deutschen Städte, Gemeinden und Kreise zur Förderung der Kommunalwissenschaften – erstmals in Verbindung mit der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung – Prämien in der Höhe von insgesamt 20 000,- DM in fünf verschiedenen Themengruppen aus: I. Kommunalpolitik und -verwaltung, Carl Goerdeler-Preis; II. Kommunal-, Bau- und Planungsrecht; III. Sozialpolitik, Kulturpolitik, neuere Stadtgeschichte; IV. Wirtschafts- und Finanzwissenschaften; V. Räumliche Planung und Stadtbauwesen.

Es wurden kommunalwissenschaftlich besonders wertvolle Abhandlungen gesucht (insbesondere Dissertationen und Diplomarbeiten), die der Praxis der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland neue Erkenntnisse vermitteln. Für jede der ausgezeichneten Arbeiten wurde ein Preis in Höhe von 4 000,- DM vergeben.

Aufgrund der Begutachtung durch Expertinnen und Experten des Deutschen Instituts für Urbanistik sowie im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung wurden die folgenden fünf Wissenschaftler/innen mit je 4 000,- DM ausgezeichnet:

Ines Katenhusen

für ihre Dissertation „Kunst und Politik. Hannovers Auseinandersetzungen mit der Moderne in der Weimarer Republik“, Hannover 1997;

Philipp Kuhlmann-Schaefer

für seine Diplomarbeit „Analyse und Bewertung des Verkehrsablaufes auf gegliederten Fahrbahnen“, Hannover 1997;

Stephen Pielhoff

für seine Dissertation „Paternalismus und Stadtarmut. Armutswahrnehmung und Privatwohltätigkeit im Hamburger Bürgertum, 1830-1914“, Siegen 1997;

Klaus Ritgen

für seine Dissertation „Bürgerbegehren und Bürgerentscheid“. Dargestellt am Beispiel des § 26 der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung“, Bonn 1997;

Stefan Zahradnik

für seine Dissertation „Das kommunale Rechnungswesen. Bestandsaufnahme und Reformbausteine“, Frankfurt 1997 (Carl Goerdeler-Preis);

Insgesamt wurden 37 Arbeiten zum Wettbewerb eingereicht. Davon fielen acht auf die Themengruppe I, fünf auf die Gruppe II, neun auf Gruppe III, sechs auf Gruppe IV und neun auf Gruppe V. In der Gruppe IV konnte keine prämienswürdige Arbeit ermittelt werden, so daß der dafür vorgesehene Preisbetrag der Themengruppe III zugewiesen wurde.

Für 1998 wird eine neue Ausschreibung durchgeführt. Informationen darüber können beim Deutschen Institut für Urbanistik angefordert werden.

Weitere Informationen:
Deutsches Institut für Urbanistik
– Prämienausschreibung –
Klaus M. Rarisch
Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin
Telefon: 030/39001-233
Telefax: 030/39001-275

I M P R E S S U M
I M P R E S S U M

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin

Redaktion und Layout

Frank Dalichow
Inga Flicker
Cornelia Schmidt
Sybille Wenke-Thiem (v.i.S.d.P.)

DTP

Rolando A. Laube
Eva Hernández

Photos

David Brandt
Angelika Fischer
Inga Flicker
Rolando A. Laube
Uwe Rogal
Susanne Schleyer

Pressestelle

Telefon: 030/ 39001-208/209
Telefax: 030/ 39001-130
E-Mail: pressestelle@difu.de
Internet: <http://www.difu.de>

Erscheinungsweise
vierteljährlich

Druck

Alb. Sayffaerth –
Emil Lothar Krohn

Abdruck

Frei – Belegexemplar(e) erbeten

Die „Berichte“ werden auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik

- __Expl. **Entscheidungsfelder städtischer Zukunft**
 Von Dietrich Henckel u.a.
 1997. Bd. 90. 355 S., 56 Abb., 11 Tab.,
 2 Übers., DM 78,-, ISBN 3-17-015037-5
 Difu-Neuerscheinung im Verlag W. Kohlhammer
 Bestellungen beim Verlag
 Telefon: 0711/78 63-280
 ● Telefax: 0711/78 63-430

Difu-Beiträge zur Stadtforschung

- __Expl. **Stadtmarketing – eine kritische Zwischenbilanz**
 Von Busso Grabow, Beate Hollbach-Grömig
 1998. Bd. 25. 218 S., 36 Abb., 4 Tab., 10 Übers.
 DM 52,-, ISBN 3-88118-252-7
- __Expl. **Kompakt, mobil, urban: Stadtentwicklungskonzepte zur Verkehrsvermeidung im internationalen Vergleich**
 Von Dieter Apel, Michael Lehmbrock u.a.
 1998. Bd. 24. 491 S., 91 Abb., 112 Tab., 11 Übers.
 DM 84,-, ISBN 3-88118-234-9

Umweltberatung für Kommunen

- __Expl. **Grün- und Freiflächen**
 Anforderungen im Planungs- und Genehmigungsverfahren
 Von Angela Brockmann, Rudolf Schäfer
 1998. 125 S., Schutzgebühr DM 36,-
 (DM 20,- für Kommunen NBL)
 ISBN 3-88118-266-7
- __Expl. **Klimaschutz durch Energiemanagement**
 Dokumentation des 3. Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten in Saarbrücken am 23. und 24. Oktober 1997
 Hrsg. von Annett Fischer, Carlo Kallen
 1998. 328 S., Schutzgebühr DM 48,-
 ISBN 3-88118-265-9
- __Expl. **Kommunale Wärmepässe**
 Dokumentation eines Seminars
 Hrsg. von Annett Fischer, Carlo Kallen
 1998. 90 S., Schutzgebühr DM 25,-
 ISBN 3-88118-261-6
- __Expl. **Kommunales Energiemanagement**
 Einführung und Wegweiser zu Adressen, Zeitschriften, Literatur
 Von Carlo Kallen, Jürgen Lottemoser
 1998. 217 S., 14 Abb., 14 Tab., 6 Übers.
 Schutzgebühr DM 36,- (DM 20,- für Kommunen NBL) ISBN 3-88118-253-5

Materialien

- __Expl. **Städtebauförderung und Ressourcenbündelung**
 Expertise zur Vorbereitung eines Forschungsfelds „Stadtteile mit Entwicklungspriorität“ im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)
 Hrsg. von Heidede Becker, Thomas Franke u.a.
 Bd. 3/98. 48 S., Schutzgebühr DM 10,-
 ISBN 3-88118-264-0
- __Expl. **Bürger – Politik – Verwaltungsreform**
 Dokumentation zweier gemeinsamer Fachtagungen des Deutschen Instituts für Urbanistik und der Kommunalen Gemeinschaftsstelle
 Hrsg. von Anne Drescher, Birgit Frischmuth, Paul von Kodolitsch
 Bd. 2/98. 234 S., Schutzgebühr DM 45,-
 ISBN 3-88118-262-4
- __Expl. **Freiräume und Landwirtschaft im Ballungsraum**
 Hrsg. von Luise Preisler-Holl, Regine Scholz-Berg
 Bd. 1/98. 161 S., Anhang, 4 Abb., 1 Tab., 1 Übers.,
 6 Karten, Schutzgebühr DM 35,-
 ISBN 3-88118-257-8

Arbeitshilfen

- __Expl. **Das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans**
 2. Auflage unter Berücksichtigung des novellierten Baugesetzbuchs 1998
 Von Horst O. Taft, Marie-Luis Wallraven-Lindl
 1998. 149 S., Schutzgebühr DM 45,-
 ISBN 3-88118-254-3
- __Expl. **Neuerungen im Baugesetzbuch 1998 – kommentiert für die Praxis**
 Von Arno Bunzel u.a.
 1998. 186 S., mit Tips, Beispielen und Hinweisen zu Urteilen sowie Literatur
 Schutzgebühr DM 52,-, ISBN 3-88118-250-0

Aktuelle Information

- __Expl. **Kommunales Handlungsfeld „luK und neue Medien“**
 Von Busso Grabow, Erwin Riedmann
 1998. 12 S., Schutzgebühr DM 10,-

Seminarbegleitende Bibliographien

- | | | |
|---|------|---------|
| <input type="checkbox"/> Verwaltungsmodernisierung | 9/98 | DM 35,- |
| <input type="checkbox"/> Stadt und Region, Stadtreion | 8/98 | DM 30,- |

Bestellschein

Bitte senden Sie mir ein Verzeichnis aller lieferbaren Difu-Publikationen zu (kostenfrei).

Vorname und Name: _____

Dienststelle/Institution: _____

Adresse: _____

Telefon/Telefax/E-Mail: _____

Datum/Unterschrift/Stempel: _____